ANTRAG

der Fraktion der AfD

Migration und Remigration – Transparenz und Übersichtlichkeit für jedermann herstellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Lösung der Migrationskrise und die Bewältigung ihrer massiven Folgeprobleme sind weiterhin zwei der dringlichsten Aufgaben verantwortungsvoller Politik. Laut Umfragen sehen die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern Migration weiterhin als das wichtigste Problem an. Der Deutsche Städtetag beklagte jüngst erneut, dass die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft überstrapaziert sei. Führende Polizeigewerkschafter sprechen aktuell davon, dass mit der illegalen Migration eine massive Verschlechterung der Sicherheitslage einhergeht.
2. Ein umfassend wirksamer Grenzschutz ist zentrale Notwendigkeit für eine migrationspolitische Wende. Angesichts der juristischen Auseinandersetzung um die Frage der Zurückweisungen an den deutschen Grenzen ist eine transparente Beschreibung der Dysfunktionalität unserer aktuellen Rechtslage dringend vonnöten. Weitergehende Maßnahmen wie ein faktisches Einreiseverbot für Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten müssen vor Gericht nachhaltig durch eine klare Faktenlage begründet werden.
3. Unter dem Eindruck einer seit Jahren zur Problemlösung unfähigen und unwilligen, ja problemverschärfend wirkenden Politik hat das Vertrauen vieler Bürger in staatliche Institutionen gelitten. Laut dem Bericht 2025 des Integrationsmonitorings der Länder hatten in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 56 Prozent der Bürger ohne Migrationshintergrund vollständig oder überwiegend Vertrauen in staatliche Institutionen. Es ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik, sich das Vertrauen der Bürger zu verdienen. Der jedoch unbestreitbar eingesetzte Vertrauensverlust gegenüber der herrschenden Politik ist die Folge schlechter Politik, nicht Ausdruck von Urteilsschwäche und Charakterdefiziten der Bürger.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine umfassende, zeitnahe, niedrighschwellige, an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtete Berichterstattung zu Migration und Remigration in Mecklenburg-Vorpommern die Informationslage der Bürger bei diesem Thema zu verbessern. Diese Berichterstattung soll halbjährlich über eine landbezogene Darstellung erfolgen, mit der die demografische Entwicklung des Landes, die Kriminalitätslage im Kontext des Migrationsgeschehens, objektive Ergebnisse von Integrationskursen, monatliche Bilanzen von Rückführungsmaßnahmen, die Funktionalität des Dublin-Systems sowie eine Gegenüberstellung der Auslastung der sozial- und bildungspolitischen Infrastruktur für Ausländer und Deutsche in Mecklenburg-Vorpommern abgebildet werden.

Nikolaus Kramer und Fraktion